

Das Salamanca-Projekt in zwei ähnlichen Beiträgen von Norbert Suchanek in Neues Deutschland am 29.12.2017 (links) und in junge Welt am 20.12.2017 (rechts). Beide Artikel sind sehr ähnlich. Beide Tageszeitungen geben nicht die jeweiligen Bearbeiter an.

Das Salamanca-Projekt

In Spanien gibt es Streit über die Pläne zu Westeuropas größtem Urantagebau

In der spanischen Provinz Salamanca soll Westeuropas größte Uranmine entstehen. Kritiker warnen vor negativen Folgen für die heimische Wirtschaft und für die Umwelt bis nach Portugal.

Von Norbert Suchanek

Die Region im mittleren Westen Spaniens zwischen der Universitätsstadt Salamanca und der portugiesischen Grenze ist eine malerische Landschaft mit Rinder- und Schweineweiden sowie einem Meer aus uralten Steineichen. Nachhaltige, extensive Viehzucht ist die traditionelle Einkommensquelle der von Landflucht geplagten Region. Der Untergrund ist indes reich an Uran: Die einen wollen den Schatz heben, um Atomkraftwerke mit Kernbrennstoff zu versorgen und der Region zu gut bezahlten Jobs zu verhelfen. Die anderen warnen hingegen vor der Gefahr großräumiger radioaktiver Belastung und Naturvernichtung.

Die spanische Regierung hat die Büchse der Pandora längst geöffnet. Das staatliche Uranunternehmen ENUSA förderte in der Gemeinde Saelves El Chico von 1974 bis zur Stilllegung der Mine im Jahr 2000 rund 130 Tonnen Uranoxid pro Jahr. Weit mehr als die zehnfache Menge, rund 2000 Tonnen, soll nun das sogenannte Salamanca-Projekt jährlich zu Tage bringen. Es wäre der größte Urantagebau Westeuropas. Spanien würde in die Top 10 der Uranproduzenten aufrücken und selbst die USA sowie China überflügeln.

Schon im Juli 2012 vergab die Regierung die Schürfrechte in den Gemeinden Villavieja de Yeltes und Retortillo an die britisch-australische Firma Berkeley Energia Limited. Hauptinvestor ist der Staatsfonds des Sultanats Oman, der mit 120 Millionen US-Dollar beteiligt ist.

Alle notwendigen Infrastrukturen des 5400 Hektar großen Tagebaus wie Zugangsstraßen, Auffangbecken und Werksgebäude sollen im kommenden Jahr fertig sein; das erste Uran soll 2019 gefördert werden. Doch seit einigen Monaten, als die ersten Planiertraupen anrückten, um die Flächen zu roden, läuft ein Teil der Anwohner Sturm dagegen, allen voran Jorge Rodríguez, Viehzüchter und Bürgermeister von Villavieja de Yeltes. Ihm zufolge stemmen sich 40 Gemeinden gegen den Uranabbau, dessen Vorarbeiten bereits 2000 Steineichen zum Opfer fielen.

Berkeley Energia dagegen spricht von einer »guten Beziehung zu den

Spanien würde in die Top 10 der Uranproduzenten aufrücken und selbst die USA sowie China überflügeln.

Gemeinden der Region«. In den vergangenen Jahren habe das Unternehmen, so ein Sprecher, WLAN-Netzwerke für die Dörfer finanziert, Spielplätze gebaut, Sportanlagen modernisiert, Kläranlagen saniert sowie Sportveranstaltungen und Feste gesponsert. Ab 2018 werde das Unternehmen 80 sichere Vollzeitarbeitsplätze für die etwa 400 Bewohner von Villavieja schaffen. Das Unternehmen garantiere einen Uranabbau nach höchsten Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltstandards.

Dennoch warnen die Kritiker vor massiven Folgen. So bedrohe der Uranabbau das Einkommen der lokalen Rinder- und Schweinezüchter. Wer wolle schon Weidefleisch aus einer radioaktiv belasteten Re-

gion kaufen?, klagt Bürgermeister Rodríguez. Radioaktiver Abraum könnte zudem mit Wind und Flüssen die portugiesische Grenze überschreiten und den Rio Douro erreichen, die Trinkwasserquelle von rund zwei Millionen Menschen.

Laut einer Studie der Universität Lissabon führte bereits die relativ kleine Mine von Saelves el Chico zu grenzüberschreitender radioaktiver Belastung. Vor allem der Bruch eines Abraumdamms im Juni 2007 habe große Mengen radioaktiven Materials in den Fluss Águeda, der in den Rio Douro mündet, geschwemmt. Ob über oder unter Tage – jegliche Uranausbeutung habe Umweltschäden zur Folge, so die Lissabonner Umweltingenieurin Cláudia Derboven Sequeira.

Die Regierung Portugals steht dem Uranbergbau dennoch positiv gegenüber. Dabei hat das Land mit eigenen Hinterlassenschaften zu kämpfen. Hier gibt es vor allem in der Region des Alto Alentejo Uranvorkommen. Doch 2008 machte die rund 3600 Einwohner zählende Stadt Nisa, die auf rund sechs Millionen Tonnen Uranerz sitzt, der Bergbaulobby einen Strich durch die Rechnung: Bürger und Stadtrat sprachen sich gegen den Abbau des strahlenden Bodenschatzes aus und kündigten Widerstand gegen jegliche Uranbergbaupläne von Regierung und Nuklearindustrie an. Die lokale Wirtschaft basiere auf einer reichhaltigen Kulturlandschaft und der nachhaltigen Nutzung der Natursourcen wie des berühmten Schaf- und Ziegenmilchkäses von Nisa sowie der Thermalquellen. »Radioaktiver Uranbergbau lässt sich kaum mit einer qualitativ hochwertigen, zertifizierten Nahrungsmittelproduktion sowie Gesundheits- und Kulturtourismus vereinbaren«, so die Stadtratsvorsitzende Gabriela Tsukamoto.

Das Salamanca-Projekt

Die zweitälteste Universität Spaniens und Landwirtschaftsbetriebe sind in Gefahr: Der an Portugal grenzenden Provinz droht der größte Urantagebau Westeuropas. Von Norbert Suchanek

Die Region im mittleren Westen Spaniens zwischen der Universitätsstadt Salamanca und der portugiesischen Grenze ist eine malerische Landschaft mit Rinder- und Schweineweiden und einem Meer von uralten Steineichen. Nachhaltige, extensive Viehzucht ist die traditionelle Einkommensquelle, der schon lange von »Landflucht« geplagten Region. Doch das Gestein im Untergrund ist reich an Uran: Für die einen, ein zu hebender Schatz, um angeblich »saubere«, klimafreundliche Atomkraftwerke mit Kernbrennstoff zu versorgen und der Region zu gut bezahlten Jobs zu verhelfen. Für die anderen ein Fluch, der großräumige radioaktive Belastung und Naturvernichtung mit sich bringt. Doch Spaniens Regierung in Madrid hat schon vor Jahren beschlossen, diese Büchse der Pandora auszugraben und zu öffnen.

Bereits seit 1974 förderte das staatliche Uranunternehmen ENUSA in Salamanca bei Saelves El Chico Uran zu Tage. Die Mine lieferte bis zu ihrer Stilllegung im Jahr 2000 rund 130 Tonnen Uranoxid pro Jahr. Weit mehr als die zehnfache Menge, rund 2.000 Tonnen, soll nun das sogenannte Salamanca-Projekt jährlich produzieren. Damit würde Spanien in die Top 10 der globalen Uranproduzenten aufrücken und selbst die USA und China überflügeln.

Alle notwendigen Infrastrukturen des 5.400 Hektar großen Tagebaus wie Zugangsstraßen, Auffangbecken und Werksgebäude sollten schon im kommenden Jahr fertiggestellt sein. Das erste Uran soll 2019 gefördert werden. Doch seit Mitte 2017, als die ersten Planiertraupen anrückten, um die Flächen freizuröden, läuft ein Teil der lokalen Bevölkerung Sturm dagegen. Allen voran lehnt Jorge Rodríguez, Viehzüchter und Bürgermeister von Villavieja de Yeltes, das Uranprojekt vehement ab. Laut Rodríguez stemmen sich rund 40 Gemeinden gegen den Uranabbau in Salamanca. Bereits 2.000 von rund 30.000 Steineichen fielen den Vorarbeiten der Mine zum Opfer.

Schon im Juli 2012 vergab Spaniens Regierung die gesamt Schürfrechte des nahe der portugiesischen Grenze in den Gemeinden Villavieja de Yeltes und Retortillo angesiedelten Salamanca-Pro-



»Nein zum Bergwerk« – Protest gegen geplanten Uranabbau in Salamanca am 28. Oktober

jekts an die in England und Australien ansässige Firma Berkeley Energia Ltd, die sich selbst als »Unternehmen für saubere Energie mit größten Auswirkungen« beschreibt. Hauptinvestor ist der Staatsfonds des Sultanats Oman, der mit 120 Millionen US-Dollar beteiligt ist.

Berkeley Energia sieht sich von den Anrauer-Gemeinden der Mine unterstützt. »Das Unternehmen genießt eine gute Beziehung zu den Kommunen der Region«, heißt es auf der Internetseite. In den vergangenen Jahren habe es Wi-Fi-Netzwerke für die Dörfer finanziert, Kinderspielplätze gebaut, Sportanlagen modernisiert, Kläranlagen saniert sowie Sportveranstaltungen und lokale Feste gesponsert. Ab 2018 werde Berkeley zu rund 80 sichere Vollzeitarbeitsplätze für die etwa 400 Bewohner von Villavieja schaffen. Das Unternehmen garantiere einen Uranabbau nach den höchsten Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltstandards der Welt.

Nichtstdestoweniger befürchten die Kritiker der Mine ernste lokale und grenzüberschreitende Folgen. So bedrohe der Uranabbau in der Region das Einkommen der extensiv arbeitenden

lokalen Rinder- und Schweinezüchter. Wer wolle schon Weidefleisch aus einer radioaktiv belasteten Region kaufen, beklagt Rodríguez. Radioaktiver Abraum könnte zudem mit Wind und Flüssen die portugiesische Grenze überschreiten und selbst den Rio Douro erreichen, die Trinkwasserquelle von rund zwei Millionen Menschen.

Wie eine 2013 veröffentlichte Studie der Universität Lissabon zeigt, führte bereits die relativ kleine Mine von Saelves el Chico zu grenzüberschreitender Belastung. So habe der Minenbetrieb den durch Spanien und Portugal fließenden und in den Rio Douro mündenden Fluss Águeda radioaktiv belastet. Vor allem aber der Bruch eines Abraumdamms im Juni 2007 habe große Mengen radioaktiven Materials in den Águeda geschwemmt und den Rio Douro erreicht. Ob in Tage- oder Untertagebau: jegliche Uranausbeutung habe Umweltschäden zur Folge, so die Lissabonner Umweltingenieurin Cláudia Derboven Sequeira.

Trotz der durch Spanien bereits verursachten und nun drohenden zusätzlichen radioaktiven Belastung verhält sich bislang die Regierung Portugals zurückhal-

tend. Sie steht dem Uranbergbau positiv gegenüber, obwohl das Land selbst mit den Hinterlassenschaften eigener Minen zu kämpfen hat. Denn auch in Portugal gibt es noch zu hebende Uranvorkommen, vor allem in der Region des Alto Alentejo.

Doch 2008 machte die rund 3.600 Einwohner zählende und auf rund sechs Millionen Tonnen Uranerz sitzende Stadt Nisa der portugiesischen Lobby einen Strich durch die Rechnung. Nisas Bürger und Stadtrat sprachen sich unmissverständlich gegen den Abbau des strahlenden Bodenschatzes aus. Stadt und Gemeinde würden sich Uranbergbauplänen von Regierung und Nuklearindustrie entgegenstellen. Die lokale Wirtschaft basiere auf der historisch reichhaltigen Kulturlandschaft und nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen wie dem berühmten Schaf- und Ziegenmilchkäse von Nisa und seinen Thermalquellen. »Radioaktiver Uranbergbau lässt sich kaum mit einer qualitätsvollen, zertifizierten Nahrungsmittelproduktion und Gesundheits- und Kulturtourismus vereinbaren«, erklärte Stadtratspräsidentin Gabriela Tsukamoto.